



Lorenz Matzat

Gegen die drohenden Nachrichtenwüsten

Ein Vorschlag für einen öffentlich-rechtlichen Lokaljournalismus



Es steht schlecht um die „Vierte Gewalt“ im Lokalen. Redaktionen werden zusammgelegt oder Zeitungen schließen gar; die Zahl der „Zombiezeitungen“, die zwar noch ihre alte Hülle tragen, aber viele ihrer Inhalte aus anderen Redaktionen erhalten, wächst. Private Lokalradios und öffentlich-rechtliche Radio- und TV-Sender bilden in der Regel nur Regionales ab – der wirkliche lokale Level, also der auf Stadtteil-, Dorf- oder Straßenebene – findet im Journalismus nicht systematisch, sondern höchstens punktuell statt. Dabei ist Lokaljournalismus fundamental wichtig für eine demokratische Gesellschaft. Wenn der Markt ihn nicht mehr gewährleisten kann, muss er öffentlich-rechtlich organisiert werden. Ein Vorschlag.

Nun war es nicht so, dass Lokaljournalismus in den letzten Jahrzehnten ein Hort der kritischen Begleitung des lokalen Geschehens war: „Der Lokalteil ist unter anderem zu stark ereignisbezogen und zu wenig kontinuierlich („Terminjournalismus“), beinhaltet zu wenig Hintergrundinformationen, zu wenig Politisches, er ist zu wenig reflektierend („Verlautbarungsjournalismus“), die lokale Elite ist überrepräsentiert und insbesondere gegenüber dieser wird zu wenig Kritik geübt („Hofberichterstattung“),“ stellte die Medienforscherin Wiebke Möhring schon 2011 fest.¹ Jüngst erschien eine Studie der Uni Trier, die eine Woche Berichterstattung in gut 100 Lokalzeitungen im Print und Online untersuchte („Die Leistungen des Lokaljournalismus. Eine empirische Studie zur Qualität der Lokalberichterstattung in Zeitungen und Onlineangeboten“). Zwar wird den Zeitungen dort zum Beispiel ein Fortschritt in Bereichen wie Themenvielfalt bescheinigt. Letztlich wird ebenfalls bemängelt: „Insgesamt ähneln die Ergebnisse Befunden früherer Studien, nach denen die Lokalpresse oft zu wenig kritisch berichtet.“

Nachrichtenwüsten

Doch in der Theorie sollte Lokaljournalismus als Korrektiv zu Politik, Wirtschaft und den diversen Interessengruppen dienen, als unabhängiger und unparteiischer Beobachter fungieren, der Öffentlichkeit herstellt und garantiert. Damit kommt dem Journalismus eine wesentliche Rolle in einer Demokratie zu, die die (Eigen-)Bezeichnung „Vierte Gewalt“ rechtfertigt. Und selbstverständlich sorgt ein lokales Medium als Identitätsbinder, der den Charakter eines Ortes oder einer Region nach innen wie nach außen widerspiegelt. Beides – kritische Lokalberichterstattung und Identitätsspiegel – sind wesentliche Bestandteile einer funktionierenden Gesellschaft.

¹ Vgl. dazu auch den Beitrag von Wiebke Möhring in diesem Heft.

In den USA ist das immer wieder Gegenstand der Forschung. So wurde dort gezeigt, dass in „news deserts“ – Gemeinden über die und in denen faktisch kein Journalismus stattfindet – zivilgesellschaftliches Engagement und die Wahlbeteiligung sinken. Unlängst veröffentlichten US-Wissenschaftler eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Schließung von Lokalzeitungen und dem Schuldenverhalten von Kommunen („Financing Dies in Darkness? The Impact of Newspaper Closures on Public Finance“). Sie zeigen anhand von Zahlen seit 1996, dass wenige Jahre nach dem Verschwinden der Zeitung in der Regel die Kommunen ein schlechteres Finanzgebaren an den Tag legen: Der „Watchdog“ fehlt und an seine Stelle ist kein adäquates Medium getreten. Solche Untersuchungen belegen zwar, welche Rolle Lokaljournalismus spielen kann, allerdings ist sie nur bedingt auf Deutschland zu übertragen. Zum einem ist entgegen den USA Investigativjournalismus auf lokaler Ebene äußerst selten.² Aber es ist auch die Situation und Vielfalt des Zeitungswesens in den USA eine gänzlich andere. Das sogenannte Zeitungsterben, bei dem dort derzeit dutzende Titel pro Jahr verschwinden, hat es hierzulande auf andere, auf drastischere Art längst gegeben.

Die Zahlen zeigen nach unten

Zu Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten gab es über 4.000 Zeitungstitel im damaligen Deutschen Reich. Im Jahr 1938 – nach der vollzogenen Gleichschaltung der Presse – war diese Zahl auf 1.200 gesunken und fiel bis Ende des Krieges dann auf unter 1.000. In Westdeutschland hatte sich die Zahl der Titel Mitte der fünfziger Jahre auf rund 1.500 erholt. Aller-

² So erklärt sich etwa das Versagen des Journalismus beim Disaster rund um den Flughafenneubau in Berlin: Keine der zahlreichen Redaktionen in der Region hatte vorab offenbar auch nur ein Hauch einer Ahnung, dass die Eröffnung durch massive Probleme in Frage gestellt wurde.



dings erschienen diese Titel in 225 „publizistischen Einheiten“ (PE): Der Mantelteil der Titel innerhalb solch einer Einheit ist inhaltlich gleich. Bis 1989 sank die Zahl der PE auf 119 und 1.350 Titel. In der DDR gab es 1989 knapp 300 Titel, die in 37 PE erschienen. Von diesen verschwanden nach der Wiedervereinigung rasch 19, so dass im Jahr 2016 die Zahl der PE in der Bundesrepublik bei 121 und die Titellanzahl bei etwa 1.500 lag.

Zählte 1991 die verkaufte Auflage der Zeitungen inkl. Sonntags- und Wochenzeitungen insgesamt 27 Millionen, sank sie bis zum 1. Quartal 2018 auf circa 14 Millionen. Zwar kompensierten die Verlage einen Teil der Verluste von Abonnenten – in den letzten Jahren bis zu einer Million im Jahr – durch Online-Abos (ePaper) und Bezahlschranken. Doch wiegt das die Verluste im Printbereich nicht annähernd auf.

Der Werbeumsatz betrug 2016 2,5 Mrd. Euro – nur 40% des Umsatzes aus dem Jahr 1999, berichtete der Medienforscher Hörst Röper in diesem Frühjahr („Zeitungsmarkt 2018: Pressekonzentration steigt rasant“). Ebenfalls zeigt er, dass die Konzentration im Zeitungsmarkt stetig zunimmt: Fast 62% aller Titel werden mittlerweile von den zehn größten Verlagsgesellschaften kontrolliert (z.B. Axel Springer, Funke, Madsack, DuMont). Röper: „Wird ein Lokalteil vollständig übernommen, ist das zugleich regelmäßig das Ende einer vielfältigen Berichterstattung im betroffenen Verbreitungsgebiet. Zum einen gibt es, von wenigen Großstädten abgesehen, kaum noch Gebiete, wo eine weitere Zeitung für einen Rest an Vielfalt sorgen könnte. Zum anderen ist mit der Übernahme der Lokalberichterstattung einer Zeitung zugleich auch die Übernahme des redaktionellen Materials für digitale Angebote, etwa Onlineportale, verbunden. Nicht nur die Zeitungsinhalte werden ähnlich oder gar gleich, sondern auch digitale lokaljournalistische Angebote.“

Neue Ansätze

Was also tun in Zeiten, in denen vor allem in strukturschwachen Regionen die Tageszeitungen verschwinden? Oft erfüllen hier höchsten noch Anzeigenblätter – also kostenlose wöchentliche gedruckte Zeitungen –, die sich rein über Werbung finanzieren (und weiterhin recht gute Gewinne abwerfen), die Aufgabe der Lokalberichterstattung. Doch ein Geschäftsmodell, das der lokalen Wirtschaft nicht vor den Kopf stoßen will und mit auf das minimalste reduzierten Redaktionen operiert, kann die notwendige Rolle eines unabhängigen Beobachters nicht ausfüllen.

Das Schwinden des klassischen Lokaljournalismus wäre insgesamt kein großes Drama, wäre in den letzten 15 Jahren im Internet eine Alternative erwachsen – eine Alternative, der es gelingt Öffentlichkeit zu bieten und abzubilden. Zwar haben Plattformen wie Facebook und andere Dienste (Kleinanzeigen, Termine, Karten) Teile der Aufgaben von Zeitungen übernommen, doch ihnen fehlt das Selbstverständnis des Tageszeitungs- und Lokaljournalismus: ein professioneller Rund-

umblick auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport durch dazu ausgebildete und befähigte Personen. Zwar finden sich Ansätze neuer Formen – etwa Bürgerjournalismus und Lokalblogger –, doch keines davon hat sich flächendeckend und nachhaltig etabliert noch die grundlegende Frage geklärt: Wie lässt sich das finanzieren? Vielleicht gelingt es Nachbarschaftsnetzwerken (z.B. nebenan.de), im Internet zu Nachfolgern der klassischen Lokalzeitung heranzureifen.

Warum Verlage sich dieses Format online kaum zu eigen machen, ist erstaunlich, weil sie Vehikel für eine moderne Transformation des althergebrachten Mediums Lokalzeitung sein könnten. In Abschlussbericht des vhw-Forschungsprojekts „Vernetzte Nachbarn“ aus diesem Sommer heißt es über die Nachbarschaftsnetzwerke: „Sie bieten Potenziale, um gesellschaftlichen Herausforderungen wie der sozialen Integration unterschiedlicher Teilgruppen oder auch der Alterseinsamkeit im Lokalen zu begegnen.“ Die Studie stellt aber auch fest, dass in den untersuchten Netzwerken Lokalpolitik bislang so gut wie keine Rolle spielt.

Eine andere Option ist der Weg der Gemeinnützigkeit. Bislang listet die Abgabenordnung, nach der sich Steuer- und Stiftungswesen richten müssen, Journalismus nicht unmittelbar als Zweck. Doch werden seit einigen Jahren Stimmen laut, die dafür werben, journalistische Vorhaben unmittelbar als dem Gemeinwohl dienlich anzuerkennen. Nahezu einzigartig in diesem Gebiet ist „Vor Ort NRW“, eine Stiftung der Landesmedienanstalt von Nordrhein-Westfalen. Die erklärt ihr Ziel so: „Wir möchten einen Beitrag für ein stabiles und unabhängiges Mediensystem in NRW leisten und Raum für Innovation schaffen, Impulse setzen und zu neuen Wegen und Experimenten ermutigen.“ Neben Beratung vergibt die Stiftung dafür Fördergelder.

Den Weg in die Gemeinnützigkeit hat auch „Correctiv“ eingeschlagen. Das 2014 gegründete Vorhaben orientiert sich an dem US-Vorbild ProPublica. Durch eine großzügige Förderung konnte Correctiv starten und veröffentlichte seitdem meist Recherchen, die im Gespann mit klassischen Medienhäusern veröffentlicht wurden. Doch legt das „gemeinnützige Recherchezentrum“ nicht zuletzt seinen Fokus auf das Lokale. Neben dem Ableger „Correctiv Ruhr“ wurden in mehreren Städten Crowdsourcing-Aktionen gestartet, bei denen Bürger helfen können, die Frage zu klären: „Wem gehört die Stadt?“. Vor kurzem wurde zudem angekündigt, das in Großbritannien etablierte Modell von „Bureau Local“ für Deutschland zu übernehmen: Um investigative Recherchen auf lokalem Level zu stärken, soll ein Netzwerk von lokalen Journalisten aufgebaut werden, das von zentraler Stelle Unterstützung für Recherchen erhalten kann.

Correctiv greift für seine Projekte auch immer wieder auf Gelder von Google und Facebook zurück; beide Konzerne versuchen seit Jahren, sich mit großzügigen Förderungen in Deutschland und Europa als Gönner im journalistischen Sektor



zu profilieren. Wie und an wen bislang nahezu hundert Millionen Euro vergeben wurden, hat das Online-Magazin netzpolitik.org vor Kurzem aufgearbeitet („Citizen Google: Wie ein Konzern den Journalismus dominiert“).

Will man größere Projekte jenseits von Verlagen starten, führt tatsächlich derzeit an den Geldern der Internetgiganten kaum ein Weg vorbei. Denn hierzulande mangelt es an Fördermöglichkeiten (was nicht zuletzt an besagter Gemeinnützigkeitsproblematik liegt). Dabei ist in gewisser Weise ein Lösungsansatz für das Problem des schwindenden Lokaljournalismus längst vorhanden. Mit dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖR) hat sich die hiesige Gesellschaft eine Infrastruktur gegeben, die kollektiv finanziert mit acht Milliarden Euro jährlich ausgestattet ist. Deren Auftrag wird durch politische Entscheidungen immer wieder nachjustiert. In Zeiten von Privatsendern und Internet kann dem ÖR eine längst überfällige strukturelle Neuordnung nur guttun und so nicht zuletzt die Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung fördern.

Ein Vorschlag: Schließung und Abwicklung des ZDF

Es folgt ein Vorschlag in Form einer Erzählung, welche Form solch Neujustierung des ÖR annehmen könnte: Als der freie Markt sich immer weniger in der Lage zeigte, eine flächendeckende Berichterstattung zu gewährleisten, entschied die Politik, Lokaljournalismus auf kommunaler Ebene als Auftrag des ÖR anzuerkennen. Um die Umsetzung dieses neuen Auftrages zu finanzieren, wurde die Schließung und Abwicklung des ZDF bis 2025 geplant. 2020 war es so weit: In acht Pilotregionen begann die Arbeit der ersten ÖR-Lokalteams. Diese Piloten – teilweise in ländlichen Gegenden, teilweise in urbanen – konzentrierten sich erst einmal darauf, die Bedürfnisse der Bevölkerung – ihrer „Leserschaft“ – zu ergründen, um dann entsprechende Formate zu entwickeln; ihre Arbeitsweise und Wirkung wurde durch Teams aus Wissenschaftlern, journalistischen Praktikern, IT-Spezialisten und Ausbildern begleitet und erkundet.

Anhand der Erkenntnisse aus den Pilotregionen begann dann zum einen die Einrichtung von einigen über die Republik verteilten Ausbildungszentren. Dort wurden unter anderem ein Teil der ZDF-Mitarbeiter nach und nach umgeschult. Im Laufe der Zeit erhielten diese Zentren aber Aufgaben darüber hinaus: Sie dienten der Fortbildung, aber auch des Austausches von Best-Practices zwischen den Teams. Weiter fungierten sie als Schnittstelle zu den Landesanstalten der ARD, als Knotenpunkte für Rechercheoperationen über kommunale Grenzen hinaus sowie für die Organisation der Mitarbeitervertretung.

Zum anderen begann anhand der Erkenntnisse aus den Piloten der Aufbau weiterer Lokalteam-Regionen ab 2020. Als Bezugsrahmen für diese lokaljournalistischen Einheiten fungierten die rund 400 Landkreise und kreisfreien Städte der

Bundesrepublik. Als Faustregel galt: Pro 10.000 Einwohner wurde ein Journalist vorgesehen. Mindestens aber sollten 10 Journalisten pro Landkreis/Stadt arbeiten. Jedes der Teams bekam dazu Mitarbeiter zum Management des Redaktionsalltags und IT-Spezialisten.

Selbstredend stieß das Vorhaben auf Widerstand bei den privatwirtschaftlich betriebenen Verlagen (und manchen Lokalpolitikern sowie Vertretern von Interessengruppen). Im Großen und Ganzen wiesen die Gerichte entsprechende Klagen schließlich zurück. Und es wurden Einigungen mit bestehenden Tageszeitungs-Verlagen getroffen. Im Jahr 2030 erschienen mehr als 3/4 der Lokalzeitungen, die 2017 noch vorhanden waren, nicht mehr. Die öffentlich-rechtlichen Lokalredaktionen veröffentlichen ihre Arbeiten im Internet in allen möglichen Formaten und Medienformen unter einer Creative Commons-Lizenz (in manchen Regionen wurden auch noch klassische Radiofrequenzen und Fernsehkanäle bedient).

Neue lokale politische Kultur

Durch Förderprogramme aus öffentlich-rechtlichen Mitteln und Kooperationen erhielt so die „Civic Tech“-Szene neuen Schwung: Diverse digitale Dienste rund um Lokalpolitik und Verwaltung konnten sich in diesem neu entstehenden medialen Ökosystem erfolgreich behaupten. Insgesamt erhielt die Kommunalpolitik einen bedeutenderen Stellenwert in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt dadurch, dass die Lokalteams verpflichtet waren, Stadtratssitzungen etc. live zu übertragen und aufzuzeichnen. Gleichzeitig wurden neue Formate der Kommunikation zwischen lokalen Regierungen, Politikern, Verwaltungen und Bürgern etabliert.

Wichtiger Baustein dieser neuen lokalen politischen Kultur waren die Beiräte, die für die Lokalteams installiert wurden. Diese Räte bestanden je nach Größe der Lokalteams aus fünf bis zehn Mitgliedern und wurden gleichzeitig mit den Kommunalwahlen gewählt. Sie wurden mit einigen Geldmitteln und Infrastruktur (Büros usw.) ausgestattet. Parteifunktionäre/-amtsinhaber durften nicht für sie kandidieren. Die Beiräte tagten regelmäßig öffentlich und übten ihre Tätigkeit mit größtmöglicher Transparenz aus. Sie waren Anlaufstelle für Beschwerden. Vor allem standen sie als Garant für die Unabhängigkeit der Lokalteams. Abgesehen davon, war 2030 der Großteil der Bevölkerung – aber auch fast alle Parteien – der Meinung, dass die Einführung der Lokalteams ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn gewesen sei. Den verschwundenen Tageszeitungen und auch dem ZDF weinte kaum jemand eine Träne nach.

Lorenz Matzat

baute die Agentur OpenDataCity mit auf (2011–2013) und befasst sich seit 2010 mit Daten- und Lokaljournalismus; Grimme Online-Preisträger und Mitgründer der NGO AlgorithmWatch www.algorithmwatch.org